

Michael Scherrmann

Feindbilder in der württembergischen Publizistik 1918-1933: Rußland, Bolschewismus und KPD im rechtsliberalen „Schwäbischen Merkur“

1. Untersuchungsziel, Quellen, Feindbilder

Die hohe Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft der Weimarer Republik ist oft mit den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs begründet worden. Diesen Zusammenhang aufzuhellen, ist schwierig. Entsprechende mentalitätsgeschichtliche Studien fehlen noch. Das noch un abgeschlossene Forschungsprojekt, von dem hier erste Teilergebnisse vorgestellt werden, fragt nach Feindbildern in bestimmten soziopolitischen Milieus, denn diese Feindbilder bieten einen Zugang zu dem gesellschaftlichen Potential an Gewaltbereitschaft.

Für mentalitätsgeschichtliche Fragen bietet sich die Presse in besonderem Maße an, da sie als Institution der veröffentlichten Meinung die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Leser präformiert und zugleich kollektive Mentalitäten selektiv repräsentiert. Ausgewertet wird die parteipolitisch orientierte Tagespresse Württembergs, um anhand thematischer Längsschnittanalysen Konjunkturen, Strukturen und Transformationen im Gewaltdiskurs sowie den Einfluß, den lebensweltlich nahe und ferne Ereignisse auf diesen ausübten, analysieren zu können. Im folgenden wird ein solcher Längsschnitt durch den rechtsliberalen, der DVP nahestehenden „Schwäbischen Merkur“ (SM) und insbesondere seinen Regional- und Lokalteil, die „Schwäbische Kronik“ (SK) gelegt. Es werden die fundamentalen Topoi, die Entwicklung und die Verschränkung der Feindbilder Rußland, Bolschewismus und deutscher sowie württembergischer Kommunismus nachgezeichnet. Dieses Feindbildensemble ist aus mehreren Gründen bedeutsam. Der Kommunismus war das mit Abstand wichtigste und emotional am stärksten besetzte innenpolitische Feindbild der Rechtsliberalen, und er war zugleich außenpolitisches Feindbild in Gestalt der Sowjetunion. Durch diese räumliche Ubiquität des Feindes, der Nation und Volksgemeinschaft sowie das bürgerliche Geschichts- und Vernunftkonzept gleichermaßen zu bedrohen schien, unterschied es sich von allen anderen Feindbildern.

Untersucht wurden rund 750 Artikel, Meldungen und Berichte sowie einzelne amtliche Mitteilungen und Leserzuschriften. Die Texte entstammen überwiegend den Jahren 1918 bis 1923 und 1929 bis 1933, da während dieser gewaltträchtigen Jahre Feindbilder auch in der Publizistik eine größere Rolle spielten

als in der vergleichsweise ruhigeren mittleren Phase der Republik. Sie wird in der nachfolgenden Analyse trotz der vergleichsweise geringeren Quellenbasis nicht weniger berücksichtigt als die erste und die dritte Phase. Die einzelnen Artikel wurden nach ihrer zeitlichen und sachlichen Repräsentativität für die einzelnen Untersuchungsstränge ausgewählt. Außerdem zielte die Auswahl auf Artikel, die nicht zu sensationellen Anlässen oder außergewöhnlich reißerisch verfaßt worden waren. Denn an der Normalität wird die Dauerrelevanz von Feindbildelementen und ihre Langzeitwirkung besonders deutlich. Es wäre verfehlt, aus dem Feindbildensemble des SM direkt auf eine uniforme Feindschafts- und Gewaltmentalität der württembergischen Rechtsliberalen zu schließen. Die Feindbilder zeigen vor allem den diskursiven Raum, in dem ihre Mentalitäten durch eine Praxis der wechselseitigen Durchdringung von Sprache und Emotionalität Sinn erhielten.

1.1. Die Quellen

Der in Stuttgart erscheinende „Schwäbische Merkur“ mit seinem Regional- und Lokalteil, der „Schwäbischen Kronik“, befand sich seit 1785 im Besitz der Familie Elben. Er gehörte 1932 zu den 13 größten Tageszeitungen Württembergs.¹ Seine Auflage bewegte sich während der Weimarer Republik um 15.000 Exemplare. 85 % der Bezieher wohnten in Württemberg, 14 % im übrigen Reich und 1 % im Ausland.² Der SM erschien bis November 1930 sechsmal wöchentlich, hinzu kam eine Sonntagsausgabe und diverse Beilagen. Ab Dezember 1930 entfiel, wohl aus finanziellen Gründen, wie schon einmal vom September 1922 bis zum Dezember 1924, die zweite Tagesausgabe. Das Blatt war auf eine protestantische, städtische, besitz- und bildungsbürgerliche Leserschaft ausgerichtet. Traditionell nationalliberal orientiert, stand der SM nach 1918 der DVP nahe, ohne jedoch deren ausgeprägte Gegnerschaft zur DDP zu teilen. Vielmehr befürwortete der SM stets eine Strategie des „Bürgerblocks“. Die mitunter fließende Grenze zur DNVP und ihrem regionalen Ableger, der Württembergischen Bürgerpartei, zog der Verleger Arnold Elben durch seine Ablehnung des agrarisch orientierten Antisemitismus. Während der Inflation wurde das Familienunternehmen 1923 in eine OHG umgewandelt. 76 % der Anteile gingen an die Süddeutsche Verlagsgesellschaft, die wiederum der Gutehoffnungshütte gehörte.³ Seither bestand eine enge Zusammenarbeit mit den „Münchener Neuesten Nachrichten“,

¹ Vgl. die Auflagenstatistik in Friedrich Richard Bechtle: Die nordwürttembergische Presse 1930 bis 1949 unter besonderer Berücksichtigung allgemeiner Vorgänge im deutschen Zeitungswesen, Phil. Diss., München 1952, 55a, Tab. 9.

² Vgl. 150 Jahre SM, Jubiläumsausgabe, 3.10.1935, 2.

³ Vgl. Kurt Koszyk: Deutsche Presse 1914 bis 1945. Geschichte der deutschen Presse, Teil 3, Berlin 1972, 215.

unter deren stiller Federführung der Wirtschaftsteil des SM ausgebaut und modernisiert wurde. In diesem Teil der Zeitung war der schwerindustrielle Einfluß am deutlichsten spürbar, während im redaktionellen Teil die Eigenständigkeit der Redakteure - auch gegenüber dem Verleger - gewahrt blieb. Mindestens einmal, im Oktober 1926, warf ein Industrievertreter dem SM sogar vor, „Gewerkschaftspolitik“ zu betreiben.⁴ *Cum grano salis* behielt der SM sein rechtsliberales, mittelständisches Profil bis 1933.

1.2. Feindbilder im „Schwäbischen Merkur“ - ein Überblick

Feindbilder entwerfen personifizierte oder abstrakte Bedrohungsszenarien, die Individuen oder Gruppen auf sich selbst beziehen und die sie als existentielle Gefährdung erleben. Sie sind mit Selbstbeschreibungen dichotomisch verzahnt, die als mitlaufende Selbstreferenz über das Gefahrenpotential der Feindbilder mitentscheiden und die Auswahl der Handlungsalternativen mitbestimmen. Im SM dienten zur Selbstbeschreibung die quasi-ständischen, bürgerlich-militärisch dominierten Begriffe „Volksgemeinschaft“ und „Nation“.

Die Radikalisierung, aber auch die Abschwächung einzelner Feindbilder gründete wesentlich in der Vorstellung, der Krieg sei noch nicht beendet. Man wähnte sich noch Anfang der dreißiger Jahre in einer Phase des „Waffenstillstands“.⁵ „Es herrscht Krieg“ war eine ständig wiederkehrende Formulierung, wenn es um internationale Konflikte, vornehmlich mit Frankreich und Polen, ging. Deutschland selbst erhielt hierbei die Rolle eines verstümmelten, wehrlosen und vergewaltigten Opfers. Während die Wahrnehmung der Niederlage im Westen durch den Sieg einer anerkannten, durch Bündnispartner übermächtig gewordenen „Kulturnation“ emotional gemildert wurde, führte die Konfrontation mit Polen zur Verstärkung mental verwurzelter Haßgefühle gegen ein als kulturell und rassistisch minderwertig eingestuftes Volk, dessen staatliche Existenz man zudem allenfalls als Übergangslösung hinzunehmen bereit war. Polen und die Polen - das war das am stärksten verfestigte und mit einem entschiedenen Vernichtungswillen ausgestattete internationale Feindbild der Zwischenkriegszeit.⁶ Dagegen verblaßten die Feindbilder England und USA verhältnismäßig rasch. So erhielt etwa England den Status eines hauptsächlich von wirtschaftlichen Interessen geleiteten

⁴ Vgl. Kurt Koszyk: Zum Verhältnis von Industrie und Presse, in: H. Mommsen / D. Petzina / B. Weisbrod (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Bd. 2, Kronberg/Ts. 1977, 704-716, 712.

⁵ Vgl. SM, 169, 23.7.1931, 1.

⁶ Vgl. Hans-Adolf Jacobsen: Vom Wandel des Polenbildes in Deutschland, in: Ders.: Von der Strategie der Gewalt zur Politik der Friedenssicherung. Beiträge zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, 2. Auflage, Düsseldorf 1979, 302-331, 312-318; Rudolf Jaworski: Deutsch-polnische Feindbilder 1919-1932, in: Internationale Schulbuchforschung, 6 (1984), 144-156.

Gegners, mit dem innerhalb ökonomischer Rationalität ein wie auch immer schmerzlicher Ausgleich möglich schien.

Die Entwicklung der innenpolitischen Feindbilder war durch die Konfliktlinien des Kaiserreichs und den „Burgfrieden“ vorgeformt. Auf der politischen Rechten gab es für den SM keine Feinde, nur Bündnispartner oder unliebsame Konkurrenten, mit denen aber Übereinstimmung in zentralen politischen Grundwerten bestand: Nationalismus, Volksgemeinschaft, autoritärer Staat und Antibolschewismus. Dies galt, mit wenigen Einschränkungen ab 1929, auch für die NSDAP.⁷

Die freien Gewerkschaften waren als „ständische“ Vertretung der Arbeiterschaft zwar nicht geliebt, aber anerkannt. Dies galt auch für ihre Aktionsformen mit Ausnahme des politischen Streiks. Ebenso als legitime politische Kraft akzeptiert war die (M)SPD. Von ihr versprach man sich einen mäßigenden Einfluß auf die Arbeiterschaft. Ihre Einordnung im Freund-Feind-Schema unterschied sich jedoch erheblich nach Ort und Zeit. Die württembergischen Sozialdemokraten erhielten nach 1918 zunächst einen „Heimatbonus“. Er gründete auf der frühen, schon im August 1914 begonnenen Spaltung der württembergischen SPD, deren Mehrheitsflügel sich im Konflikt mit den linken Abspaltungen stetig bürgerlichen Politikvorstellungen annäherte. Die antirevolutionäre und betont bürgerliche Politik des ersten sozialdemokratischen Staatspräsidenten Wilhelm Blos, der rasche Aufbau vergleichsweise geordneter Sicherheitskräfte durch den Sozialdemokraten Hahn in enger Kooperation mit dem württembergischen Militär sicherte der „einheimischen“ SPD für die folgenden fünf Jahre einige Sympathien. Sie wurden jedoch mit der Gründung des Reichsbanners und beginnenden Flügelkämpfen Mitte der zwanziger Jahre zusehends aufgezehrt. Eine dezidierte Feindschaft begann erst bei der USPD.

Uneingeschränkter Haß und eine hohe Gewaltbereitschaft richteten sich gegen jegliche politische Kollaboration Deutscher in den verlorenen Gebieten. Sie galten als vogelfrei, als außerhalb der „Volksgemeinschaft“ und der bürgerlichen Rechts- und Verkehrsformen stehend. Mord und Pogrome an „Separatisten“ stellte der SM als legitimen Ausdruck des Volkszorns dar.⁸

Entlang des Längsschnitts von 1918 bis 1933 zeigen die Feindbilder im SM eine Tendenz zur Abschwächung, die mit dem Zerfall der ohnehin nie besonders starken liberalen Mitte korrelierte. In der ersten Phase der Republik waren sie innerhalb ihrer jeweiligen Binnenlogik voll ausgeprägt und kaum mehr steigerbar. Von 1924/25 bis 1933 gingen die Extremformulierungen jedoch quantitativ zurück, und auch ihre Emotionalität sank - mit Ausnahme der Feindbilder Polen und deutsche Kollaborateure. Während sich aber die Gesellschaft in der Endphase

⁷ Abgelehnt wurden unscharf formulierte „Auswüchse“ und Gewalttätigkeiten, wobei die NSDAP, mit Ausnahme skandalträchtiger Mordfälle, nahezu immer die Rolle der Verteidigerin erhielt.

⁸ Vgl. SM, 316, 30.12.1924, 2.

der Republik zunehmend in politisch feindlichen Lagern formierte, äußerte sich der SM vergleichsweise zurückhaltend. Dessen gemilderte Feindbildvarianten korrespondierten wahrscheinlich nicht mehr mit den Dispositionen seines rechtsliberalen Klientels.⁹ Die Zeitung blieb rechtsliberal, während sich ihre Leserschaft, zumindest bei der Stimmabgabe, zunehmend der politischen Rechten zuwandte.

2. Die Feindbilder Rußland und Sowjetunion

Im Unterschied zu den Feindbildern der westlichen Kriegsgegner, die ein Nationenschema¹⁰ begrenzte, erhielt das Feindbild Rußland ab Mitte 1921 im SM eine neue Ausformung, die bis 1933 maßgeblich blieb. Zuvor hatten im Blatt Rußlandfeind- und -freundschaft miteinander konkurriert.¹¹ Jetzt handelte es sich darum, zwischen nationaler und politischer Systemfeindschaft zu trennen. Diese Unterscheidung war aus verschiedenen Gründen notwendig. Feindbilder unterliegen einem Konsistenzzwang,¹² wenn sie glaubwürdig bleiben und das Selbstbild der konkreten oder abstrakten Eigengruppe erhalten sollen. Die deutsch-sowjetische Bündnispolitik bedurfte daher zu ihrer Legitimation der Ausgliederung eines partnerschaftsfähigen Segments aus dem Feindbild Sowjetunion. Eben dazu diente das Bild der russischen Nation. Mit dieser Dualisierung konnten traditionelle Politikmuster, die sich auf Bismarck beriefen,¹³ bekräftigt und vor allem in ihrer antipolnischen Zielrichtung in die Zukunft verlängert werden.

Die Komplexitätssteigerung des Feindbildes Rußland/Bolschewismus hatte unterschiedliche Auswirkungen auf seine Raum-, Zeit- und Sozialdimension. Rußland blieb ein räumlich begrenztes historisches „Subjekt“ mit objektivierbaren, also politikfähigen Interessen. Die deutsche Außenpolitik konnte dann in einzelnen Phasen unterschiedliche Ziele verfolgen, ohne in Legitimationswidersprüche zu geraten. Gleichzeitig konnte der Bolschewismus als „Todfeind“ im Rußlandbild präsent bleiben. Schließlich ließ sich diese „Todfeindschaft“ entgrenzen:

⁹ Man bleibt hier auf Vermutungen angewiesen, weil Quellen, die diese Annahmen entsprechend der heute üblichen Standards der empirischen Sozialforschung erhärten könnten, fehlen.

¹⁰ Mit Nationenschema ist hier eine Sichtweise gemeint, die andere Nationen als geschlossenen Korpus mit den Elementen Territorium, Volk und Kultur behandelt. Kriege zwischen den Nationen um strittige Objekte oder Machtpositionen sind in diesem Schema legitim, ohne jedoch auf die Zerstörung des politischen Systems der gegnerischen Nation zu zielen oder die Vernichtung ihres Volkes zu beabsichtigen.

¹¹ Vgl. SM, 489(M), 28.10.1920, 1-2.

¹² Vgl. Gerd Sommer: Zur Psychologie von Feindbildern, in: H. Voit (Hg.): Geschichte ohne Feindbild? Perspektiven für das historische Lernen in Deutschland nach dem 9. November 1989, Erlangen 1992, 13-32, 14.

¹³ Die Bismarckverehrung war im SM ein Dauerthema. Alle Topoi, die hier anknüpfen konnten, erhielten eine fast schon sakrale Weihe.

Die deutschen Kommunisten wurden als außerhalb der „Volksgemeinschaft“ stehender Feind behandelt. Der Krieg, der im Rechtsliberalismus als legitim galt, erhielt so eine innenpolitische Fortsetzung.

2.1. Das Rußlandbild

Das Bild Rußlands als einer feindlichen Nation verblaßte ab 1919 zusehends. Die anthropologische Dimension dieses Bildes erhielt jedoch eine neue politische Komponente, die darüber entschied, ob einzelne russische Volkseigenschaften positiv oder negativ waren. Russen waren jetzt nicht mehr per se asiatische Bestien, sondern im Grunde gutmütig, naiv, untertänig, „triebhaft“-fruchtbar, bodenständig-ursprünglich, fromm und ähnliches. Erst das Merkmal „bolschewistisch“ wendete diese Attributionen ins Negative. Das zeigt beispielsweise die Wahrnehmung der russischen Kriegsgefangenen in Württemberg 1918-1920. Als vorherrschende Eigenschaften wurden „ein ausgesprochen diebischer Hang der Russen“, Verlogenheit, Spielleidenschaft, Trunksucht und „Rauchleidenschaft“ angegeben. Eine besondere Gewalttätigkeit konnte ihnen nicht nachgewiesen werden, ebensowenig politische Vergehen.¹⁴ Ihre sexuelle Delinquenz war geringer als die der württembergischen Bevölkerung.¹⁵ Um dennoch das Vorurteil der zügellosen Triebhaftigkeit aufrechterhalten zu können, entwarf man das Bild eines vornehmlich von Frauen und Jugendlichen verschuldeten Sittenverfalls:

„Die Sittlichkeitsverbrechen haben abgenommen ... Ursache ist keineswegs eine Stärkung der Moral, sondern lediglich der Wegfall jeder staatlichen Behinderung des Verkehrs mit Kriegsgefangenen und weitgehendes weibliches Entgegenkommen; fast jeder Russe hat sein ständiges Liebesverhältnis.“¹⁶

Entsprechend seien Notzuchtverbrechen zugunsten der Verführung Minderjähriger zurückgegangen.

Das Beispiel der russischen Kriegsgefangenen zeigt die räumliche Differenzierung des Feindbildes Rußland. War „der Russe“ weit entfernt in seiner Heimat, wurde er als eine Art gutwilliger, kollektiver dritter Stand mit Führungsbedarf anthropologisiert, den nur der Bolschewismus zur Bestie machte. Bei den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland verschwanden die positiven Eigenschaften zugunsten einer unterstellten Rassenkriminalität, die durch den

¹⁴ Dennoch blieb es dabei, daß die Gefangenen Bolschewiki waren: „Politische Verbrechen sind nicht bekannt geworden. Doch darf man mit Sicherheit annehmen, daß nahezu alle Gefangenen bolschewistische Gesinnung haben; die Teilnahme einzelner Russen an kommunistischen Versammlungen steht fest.“ (Hervorhebung im Original) SK, 381(A), 18.8.1920, 4.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Ebd.

moralischen Sittenverfall deutscher Frauen potenziert und dadurch angeblich zur Gefahr für die Allgemeinheit wurde.¹⁷

Die Rußlandbilder im SM folgten, so läßt sich zusammenfassen, drei Grundmodellen, die jeweils ein Feindbild enthielten: 1. Grundsätzliche Feindschaft gegenüber Rußland und Bolschewismus: Die prinzipielle Variante zielte auf Vernichtung und baute auf einem kohärenten Feindbild auf; 2. Freundschaft mit Rußland und Kampf gegen jeden Bolschewismus: Dieser paradoxen Variante ließ sich nur durch abstrakte ideologische Akrobatik Plausibilität abgewinnen; und 3. Freundschaft mit Rußland, Kooperation mit den sowjetischen Bolschewisten bei gleichzeitigem Kampf gegen den deutschen Kommunismus: Diese pragmatische Variante gestattete, die eigenen politischen Ziele zu hierarchisieren und die Handlungspräferenzen flexibel zu halten.

2.2. Der Bolschewismus

Bis November 1918 wurde der Bolschewismus noch als eine rein russische, für Deutschland nicht bedrohliche Angelegenheit wahrgenommen.¹⁸ Die Ereignisse der folgenden Wochen änderten dies schlagartig. Der Bolschewismus wurde nun als existentielle Bedrohung begriffen. Im Kampf gegen ihn konnte es nur Sieg oder Vernichtung geben.¹⁹ Bolschewisten seien grausame Bestien, die auch vor der „Kommunalisierung“ bürgerlicher Frauen nicht zurückschreckten.²⁰ Sie führten ein „Terrorregime“, das die eigene Bevölkerung massenhaft hinmordete. Bolschewistische Führer erhielten häufig die Züge pathologischer Irrer:²¹

„Wer das Gesicht dieses Sinowjews einmal gesehen hat, kann sich nur schwer erklären, daß dieser offenbar Geisteskranke irgendwelchen Einfluß auf die deutschen Arbeiter erlangen könnte. ... Gewiß, wer über einen Rest gesunden Menschenverstandes gebietet, hat den bolschewistischen Ansteckungsstoff nicht zu fürchten. Allein die Masse leidet noch unter den körperlichen und seelischen Nachwehen der Hungerblockade. Der Zusammenbruch der Staatsgewalt in den Novemberumwälzungen hat sich auch noch nicht ausheilen lassen, sodaß Staat und Gesellschaft wehrlos den Angriffen kommunistischer Hetzer preisgegeben sind.“

¹⁷ Die Bedeutung der Metapher „Sittenverfall“ liegt vor allem darin, daß sie als moralische Kategorie ungewünschte soziale Entwicklungen erklären konnte, ohne die metaphysisch-biologisch definierte hohe Grundwertigkeit des Deutschtums ernstlich zu gefährden. Sittenverfall war in diesem Bild eine Frage der Willensschwäche und bestärkte immanently die „Notwendigkeit“ autoritärer pädagogischer und politischer Maßnahmen.

¹⁸ „Es ist ganz gewiß töricht, heute in unserem nach Volkscharakter, Bildungsstand und sozialer Schichtung so ganz anders gearteten Deutschland an die Gefahr eines übergreifens des Bolschewismus ernstlich zu denken“, SM, 499(A), 23.10.1918, 1.

¹⁹ Vgl. SK, 66(M), 9.2.1919, 5.

²⁰ Vgl. SK, 199(M), 5.5.1919, 4.

²¹ Vgl. SM, 498(A), 2.11.1920, 2.

Das Zitat spricht bereits weitere Elemente des antibolschewistischen Feindbildes und eine ursächliche Deutung der deutschen Nachkriegsrealität an. Die Hungerblockade habe einen „wesenhaft“ gesunden Volkskörper physisch geschwächt und krankheitsanfällig gemacht.²² Dieses metaphysische Selbstbild deutete gesellschaftliche in Naturverhältnisse um, ebenso wie die Stigmatisierung politischer Gegner als Wahnsinnige. Man senkte so die Schwelle der Gewaltbereitschaft und steigerte die Intensität des Feindbildes, denn humane Werte sind nur innerhalb sozialer Interaktionen sinnhaft, nicht aber im Stoffwechsel mit der Natur. In diesem Zusammenhang stand auch die Abwehrmetapher „gesunder Menschenverstand“ als Synonym für bürgerliche Mentalität und Ideologie gegen den kranken und aggressiven bolschewistischen Unverstand. Einmal auf ein solches Niveau gebracht und durch bürgerkriegsähnliche Konflikte über längere Zeit scheinbar verifiziert, sind derlei Feindbilder leicht mobilisierbar.

Das Feindbild russischer Bolschewismus war jedoch unter außenpolitischem Blickwinkel in zweifacher Hinsicht uneindeutig. Zum einen zeigt dies die Parteinahme für die Sowjetunion im russisch-polnischen Krieg. Was Polen schadete, galt zunächst einmal als gut. Zum anderen begann ab Juni 1921 eine modifizierte Sicht der sowjetischen Außenpolitik. Sie wurde zum „Gemeingut aller russischen Patrioten“ stilisiert.²³ Damit konkurrierten jetzt zwei Akteurbilder: neben den in „objektive“ Interessen einsichtsfähigen, also kooperationsfähigen Bolschewiki stehen die kranken Irren, die es zu bekämpfen galt. Diese Zweiteilung kennzeichnete das Bild des russischen Bolschewismus im SM bis 1933. Sie eröffnete die Möglichkeit einer Koexistenz von Partnerschaft und Feindschaft, indem das partnerschaftsfähige, an der nationalliberalen Sichtweise der Vorkriegszeit orientierte Rußlandbild vom politischen Feindbild Bolschewismus abgetrennt wurde. Dadurch konnte der SM die deutsche Außenpolitik als legitim bejahen, ohne von der politischen Systemfeindschaft abweichen zu müssen. Gleichzeitig konnte die antibolschewistische Ideologie scheinbar widerspruchsfrei als innenpolitische Integrationsklammer fungieren.²⁴ Der Antibolschewismus enthielt zudem eine das rechtsliberale Weltbild erschütternde Zeitkomponente. Zeitweise erträglich untergrub die Dauerhaftigkeit des bolschewistischen Systems in Rußland die Selbstwahrnehmung der protestantisch-bürgerlichen Gesellschaft als gottgewollter Gipfelpunkt eines teleologischen Geschichts- und Fortschrittsprozesses. Ab 1930 nahm die Erosion dieses Selbstbildes apokalyptische Züge an:

²² Die Deutung physische und dadurch bedingte psychische Auszehrung der Deutschen durch die Hungerblockade war das Erklärungsmuster für den „Zusammenbruch“ und die Novemberrevolution. Der „Dolchstoß“ fungierte im SM immer nur als hieraus abgeleitetes Ereignis.

²³ „Die Grundlinien der russischen Außenpolitik sind ja garnicht spezifisch bolschewistisch, im Gegenteil, sie sind Gemeingut aller russischen Patrioten und aller Parteien, und bricht heute Rußland zusammen, so muß und wird sein Rechtsnachfolger sie zu der seinigen machen. Darin liegt ihre Stärke.“ SM, 249(A), 3.6.1921, 1.

²⁴ Vgl. Wolfgang Wette: Rußlandbilder der Deutschen im 20. Jahrhundert, in: 1999, 1995, H.1, 38-64.

„Wir haben Rußland vor Augen: die Gegenrevolution des Bürgertums zerbrach daran, daß sie keine Idee hatte, ihre Menschen nicht verwandelte. Darin war ihr der Bolschewismus über; das gab ihm das weltgeschichtliche Recht zum Sieg über die weißen Armeen.“²⁵

3. Das Feindbild Kommunismus

Das Bürgertum hätte eine Gefahr verkannt, hätte es Kommunismus und KPD nicht als Gegner erkannt.

„Was will Spartakus? ... Den Tod unseres Wirtschaftskörpers und damit die Zerstörung unserer Heimat. Und womit will er das? Mit nackter Gewalt, mit blanker Waffe. ... er will unsere Vernichtung durch den Bürgerkrieg.“²⁶

„[M]üssen wir wirklich darauf gefaßt sein, daß Deutschland ebenso zur Hölle wird, wie das unglückliche Zarenreich, bis endlich ein Mann entsteht, der mit eiserner Hand Ruhe schafft, den Bolschewismus mit Stumpf und Stiel ausrottet und Deutschland so vor dem Untergang rettet?“²⁷

Das bedrohliche Bild vom Bolschewismus blieb auch in den ruhigeren Phasen der Weimarer Republik erhalten.²⁸ Je schwächer und weniger auffällig die KPD wurde, umso häufiger sah sie sich mit dem „Satanismus und Sadismus“ in der Sowjetunion in Verbindung gebracht, während umgekehrt Artikel über die Sowjetunion nur selten solche Metaphern enthielten.

Die Gründung des Roten Frontkämpferbundes (RFB), seine Aufmärsche, Appelle und militanten Aktionen erhärteten und versinnbildlichten die latenten Ängste vor einem neuen Bürgerkrieg im Reich,²⁹ auch wenn zugleich ein Rückgang der KPD-Mitgliedschaft und ihre zunehmende Einflußlosigkeit unter den Arbeitern im SM berichtet wurde.³⁰

Ab dem Sommer 1930 war es mit diesem eher unscharfen Bild eines relativen Friedens vorbei. Ganz im Vordergrund stand wieder die drohende, apokalyptische Gefahr:

„Der Kommunismus will den gewaltsamen Untergang des heutigen Deutschlands, seiner bürgerlichen Wirtschaft und Kultur. ... Wer könnte heute

²⁵ SK, 184, 9.8.1932, 5.

²⁶ SM, 372(M), 15.8.1919, Beil.

²⁷ SK, 66(M), 9.2.1919, 5.

²⁸ Vgl. SK, 352(M), 1.8.1925, 5, als Beispiel für den ungebrochenen Willen zum Bürgerkrieg seitens der KPD, auch wenn ihr Einfluß bei den Arbeitern zurückginge; und SK, 363(A), 7.8.1925, 9, für den „Sadismus und Satanismus“ bolschewistischer Gewalthaber.

²⁹ Vgl. SK, 234(A), 22.5.1926, 5; SK, 380(A), 17.8.1926, 6.

³⁰ Vgl. SK, 312(A), 8.7.1926, 5.

noch die Augen verschließen vor der Gefahr des Kommunismus auch für Deutschland?“³¹

Dieses Bild von der kommunistischen Gefahr war zwar nicht neu. Aber über alle gewaltsamen Konflikte hinweg hatte es bisher immer eine Zweiteilung der deutschen Kommunisten in ideologische Dogmatiker mit Feindcharakter und in „viele einfältige, harmlose Seelen, die im Kommunismus das Heil der Menschheit erblicken“,³² gegeben. Die letztgenannte Gruppe galt als wandlungsfähig durch beharrlichen pädagogischen Einfluß.³³ Diese Zweiteilung war nicht zuletzt notwendig, um das Ideologem der „Volksgemeinschaft“ aufrechtzuerhalten. Mit der Wahrnehmung eines Großteils der Arbeiterklasse als Bürgerfeinde wäre es unauflösbar widersprüchlich geworden. Dieser Dualismus entfiel ab dem Sommer 1930 zusehends, und wo Überzeugungsarbeit nicht mehr fruchtbar schien, drängte sich die Notwendigkeit zum Kampf förmlich auf. Hieß es noch 1926: „wir haben gar nichts übrig für ‚teilweise bewaffnete Aufzüge‘, mögen in den Windjacken rechts oder linksgerichtete Herzen schlagen“,³⁴ und im Juli 1930, sowohl die Diktatur von links wie von rechts führe zur Katastrophe, - „Keinen Monat, keinen Tag dürfen wir zuwarten. Wir müssen uns wehren, wir müssen handeln!“³⁵ -, verschob sich das Bild im folgenden Jahr zugunsten der NSDAP. Alleiniger Angreifer war jetzt die KPD, die die Zusammenstöße bewußt herbeiführe und planmäßig vorbereite.³⁶ Auch die Wahrnehmung der Gewaltformen veränderte sich. Anders als in der Revolutionszeit und den Nachkriegsjahren, als rechtsliberale Bürger unter Beibehaltung ihrer Ordnungsvorstellungen Partei ergreifen konnten, prallten jetzt Parteiarmeen mit unterbürgerlichen Gewaltformen (Morde, Terroranschläge, Messerstechereien und Schlägereien) aufeinander, zu denen man eine Art „ständischer“ Distanz hielt. Solange sich Reichsbanner und RFB bekämpften, bewirkte das eine gewisse Schadenfreude und die Forderung an den Staat, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Mit der gewaltsamen Besetzung des öffentlichen Raumes durch die NSDAP, die wie keine andere Partei Fortschritt und Geschichte auf ihrer Seite zu haben schien, trat das Feindbild KPD wieder pointierter hervor, zumal der SM keinen Antisemitismus als Mittel der „negativen Integration“ pflegte und nicht auf Kriegs- und Revolutionsfolgen wie nach 1918 zur Erklärung der „Wirren“ glaubhaft verweisen konnte. Die NSDAP erhielt die Gestalt eines in seinen Grundwerten respektablen Gegners, dessen Unordentlichkeiten von besonnenen Führern pädagogisch noch zu glätten seien, während der Glaube an die Erziehbarkeit der kommunistischen Mitläufer zur Vernunft zerstört war. Die ausgeprägte rechte

³¹ SK, 200, 29.8.1930, 5.

³² SM, 384(M), 21./22.8.1921, 1.

³³ Vgl. SM, 384(M), 21./22.8.1921, 1 und SM, 418(A), 6.9.1928, 1.

³⁴ SK, 234(A), 22.5.1926, 5.

³⁵ SM, 171, 26.7.1930, 2.

³⁶ Vgl. SK, 225, 29.9.1931, 5.

Militanz, ihre simpleren, aber eingängigeren Feindbilder führten vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise zur Auflösung liberaler Selbst- und Heilsgewißheit. Ein Artikel vom August 1932 faßte das Dilemma zusammen:

„Der heutige Schimpffargon ist für jeden redlich Erkennenden ein Ekel und eine erbärmliche Scham; die Verleumdung kennt keine Grenzen mehr. Man ruft ‚Fememörder‘ - aber wer lotete einmal unter der Oberfläche nach dem wahren Wesen dieser nationalrevolutionären Bewegung? ... Man schilt ‚Marxismus‘ - aber wer las den Marx? ... Eine geistige Auseinandersetzung wäre zu tragen: und das ist die wahre Katastrophe der bürgerlichen Mitte, daß sie selbst nicht mehr an den Geist glaubt. Darum haben wir den Radikalismus bekommen und ihm so gut wie nichts entgegenzuwerfen. ... Wir haben dem Zerfall des politischen Denkens und Handelns ... auch nichts anderes entgegenzustellen als die Verantwortung der einzelnen, im Politischen die geistige Auseinandersetzung aufzunehmen. Sollte die Erziehung des deutschen Volksbürgers durch Elternhaus, Jugendkreis, Schule und Partei das nicht mehr fertig bringen, dann hätten wir es allerdings verdient, einen Ausbruch der schlimmsten Instinkte zu bekommen, an dem eine Epoche zugrunde ginge.“³⁷

So treffend diese Zustandsbeschreibung für die politisch mittlerweile völlig bedeutungslosen Liberalen war, so eindringlich zeigt sie das kontrafaktische Beharren auf einem Weltbild, in dem Vernunft- und Fortschrittsglauben sowie ein teleologisches Geschichtsbild die Grenzen des Verstehbaren zogen. Es dankte, als seine Umwelt ihm nicht mehr entsprach, ab wie einst der Kaiser. Attraktiver erschien jetzt der Nationalsozialismus, mit dem man nicht nur Werte, sondern auch Feinde teilte. Ende 1932 titelte der SM „Der Spuk des Generalstreiks. Nur die Moskowiter wollen Deutschland zerstören“ und machte die KPD jetzt auch für die NS-Gewaltapologie verantwortlich:

„Zunächst besteht allgemein die Befürchtung, daß ... Kommunisten und Nationalsozialisten einen solchen Ausstand vom Zaume brechen. Dazu ist festzustellen, daß man den verantwortlichen Führern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bisher jedenfalls kaum nachsagen kann, sie hätten ausgesprochene Katastrophenpolitik betrieben, wenn auch einige Unterführer mit Rücksicht auf die Kommunisten in das revolutionäre radikale Horn bliesen. ... Deshalb spukt der Gedanke des Generalstreiks wohl nur in den Hirnen der Trabanten Moskaus, denen die Partei alles, ihr Vaterland aber nichts bedeutet.“³⁸

³⁷ SK, 184, 9.8.1932, 5 (Hervorhebung im Original).

³⁸ SM, 281, 30.11.1932, 2 (Hervorhebung im Original). Den Hintergrund zu diesem Artikel bildete der Berliner BVG-Streik.

Je näher der SM in seiner Gesamttendenz in die Nähe der NSDAP rückte, ohne auf die Verurteilung von Gewalt und Terror zu verzichten, umso nachdrücklicher wurde die KPD nicht nur für die Gewalt von rechts, sondern auch für deren Gewaltideologie verantwortlich gemacht. Dieses Schuldzuweisungsverfahren weist eine deutliche Parallele zu den Jahren 1918 bis 1923 auf, mit dem Unterschied, daß diesmal ein greifbarer Gegner den gesamten Haß bündelte. Und anders als damals existierte diesmal eine rechte Massenbewegung, die das Volksgemeinschaftsideal und die Wiedererstarkung der Nation durchzusetzen versprach, die rechtsliberalen Freund- und Feindbilder aufgriff und den Gegner angriff.

4. Die württembergische KPD

Wer als notwendig zum eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Überleben wahrgenommen wird, kann nicht ununterbrochen als Feind behandelt werden. Dies gilt umso mehr, je geringer die lebensweltliche und räumliche Distanz, je ausgeprägter der Wille zur Vernichtung des Feindes ist. Es müssen also besondere, regulierbare Sicherungen ins Feindbild eingebaut werden, die beides nebeneinander bestehen lassen: die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens oder des gewaltsamen Konfliktaustrags.

Zwischen 1918 bis 1933 zeigt der SM in seinen Berichten zu Württemberg keine ausgeprägte bürgerliche Selbstschutzbereitschaft. Bei Aufständen und Unruhen galt immer der Primat des Einsatzes staatlicher Gewaltmittel. Erst wo diese nicht zur Verfügung standen oder „versagten“, griff der Notbehelf bürgerlicher Selbstverteidigung. Man übte nicht selbst Gewalt aus, man ließ sie ausüben: Die Beteiligung des Besitzbürgertums an den Kampfeinsätzen der Bürger- und Einwohnerwehren scheint eher gering gewesen zu sein.³⁹

Auch in den ruhigeren Phasen zwischen 1919 und 1924 betonte der SM immer wieder die Gefährlichkeit der württembergischen KPD.⁴⁰ Sie zu unterstreichen genügte in der Regel das Zitieren kommunistischer Äußerungen, die in ihrer Aggressivität den Formulierungen der politischen Rechten nicht nachstanden. Insbesondere die permanenten Aufrufe zur „Bewaffnung des Proletariats“ bestärkten bürgerliche Angst- und Haßgefühle. Ebenso erhärtete sich das Feindbild Kommunismus quasi von selbst durch die auch in Württemberg bis 1923 häufigen gewaltsamen Konflikte.⁴¹ Hinzu kam, daß die aktiven Kommunisten

³⁹ Vgl. SK, 177(M), 20.4.1919, Beil.

⁴⁰ Vgl. SK, 147(M), 2.4.1921, 6: „Äußerlich geht in Stuttgart alles seinen gewohnten Gang. ... Mit allen Mitteln suchen die Kommunisten ... eine Putschstimmung aufzupeitschen. ... Der ruhige Staatsbürger möge sich ja nicht einbilden, daß er einschlafen kann. Die Mächte des Umsturzes würden ihm ein bitteres Aufwachen bereiten.“ (Hervorhebung im Original).

⁴¹ Württemberg war bis Ende 1923 keineswegs eine besonders ruhige Zone. Der Bürgerkrieg fand statt, wenn auch die Zahl der Opfer im Vergleich zu anderen Reichsteilen gering blieb.

mit notorischen Kriminellen identifiziert wurden. Wo immer möglich strich die Gerichtsberichterstattung der SK die Vorstrafen kommunistischer Angeklagter wegen unpolitischer Delikte heraus. Was im Einzelfall durchaus zutraf, bewirkte als Serie die unterschiedslose Gleichsetzung der aktiven Kommunisten mit unverbesserlichen, gemeinschaftsunfähigen Kriminellen. Diese Kriminalisierung hatte bei aller Denunziation eine Sicherungsfunktion für das Alltagsleben. Es verwies die Bewältigung des Kommunismus an Polizei und Justiz, entband also von einem unmittelbaren Selbstverteidigungszwang und stabilisierte zugleich das Ideal der an sich gesunden Volksgemeinschaft. Ihr Idealbild versagte, wo im Zeichen der Wirtschaftskrise die zwischenbürgerlichen Gegensätze immer schärfer hervortraten.⁴²

Die Einschätzungen der württembergischen KPD waren allerdings nicht einheitlich. Sie reichten zwischen 1924/25 und 1930 von absoluter Gefährlosigkeit bis zur ständigen Bürgerkriegsvorbereitung.⁴³ Beide Sichtweisen standen nebeneinander und wurden durch das antibürgerliche Gefahrenpotential der kommunistischen Ideologie und Programmatik miteinander verklammert. Verschiedene Parteiabspaltungen, spektakuläre Parteiaustritte und ein entschiedenes polizeiliches Vorgehen gegen RFB⁴⁴ und KPD in Württemberg zeigten deutlich deren politische Schwäche. Die Polizei übte unter allen Regierungen Württembergs einen sichtbaren und allem Anschein nach effektiven Druck auf die KPD, so daß zum Vertrauen in die Staatsorgane aller Anlaß bestand. Stärker als im übrigen Reich schien für die württembergische KPD die Unterscheidung in Hetzer und Verhetzte zu greifen, in gutwillige, aber gelegentlich aufsässige Arbeiter, deren ökonomische Forderungen man letztlich anerkannte und durch Wirtschaftswachstum zufriedenzustellen gedachte.

Ab Juli 1929 häuften sich in Württemberg die Zusammenstöße zwischen KPD und Polizei sowie zwischen KPD und NSDAP. Während dies anfänglich eher abwartend registriert wurde, führte die dichte Serie der Zusammenstöße den SM immer näher an eine Parteinahme für die NSDAP als Angegriffene. Gleichzeitig schwand das Vertrauen in die Polizei und in die Macht bürgerlicher Regierungen.⁴⁵

Bis 1932 verschwamm in Berichten über Zusammenstöße zusehends auch der zuvor noch wahrgenommene Unterschied zwischen SPD und KPD. „Die Rohheit und Verhetzung der sozialdemokratischen und kommunistischen Jugend

⁴² Vgl. SM, 602(A), 24.12.1926, 1: „Wir sind uneinig, sind zerrissen. Wir sind kein Volk, sind keine Gesamtheit, sondern wir sind Klassen und Stände, Parteien und Fraktionen, ‚Interessenten‘ und Vereine.“(Hervorhebung im Original).

⁴³ Vgl. SK, 118, 24.5.1924, 5; SK, 352(M), 1.8.1925, 5; SK, 466(M), 7.10.1925, 5; SK, 417(M), 6.9.1928, 5.

⁴⁴ Der RFB war in Württemberg die meiste Zeit seiner Existenz verboten. Die Polizei griff gegen das Zeigen von RFB-Symbolen während der Verbotszeiten stets sofort und hart ein.

⁴⁵ Vgl. SK, 119, 24.5.1931, 7.

hat einen Grad erreicht, daß ein behördliches Einschreiten am Platze scheint.“⁴⁶ Ende 1932 hielt der SM die Zustände in Württemberg für schlimmer als während der Novemberrevolution.⁴⁷ Der Entdifferenzierung des Feindbildes Kommunismus und seiner Radikalisierung, das war das neue an der Entwicklung der frühen dreißiger Jahre, entsprach keine Festigung des bürgerlichen Selbstbildes, vielmehr eine tiefere Krise als je zuvor. Das Feindbild verlor im Kontext des eigenen Parteimilieus seine Kraft zur „negativen Integration“, das Ideal des Rechtsstaates wurde buchstäblich auf der Straße zertrampelt.

Der Ruf nach einem starken Führer und einer Einparteienregierung, die den Parlamentarismus und das Parteiensystem überwinden sowie den Bolschewismus zerschlagen sollten und den der SM schon im Februar 1919 erhoben hatte,⁴⁸ wurde jetzt immer häufiger und bestimmter.⁴⁹ Für eine kurze Zeit schien dem SM dieses Ziel mit der Regierungsübernahme v. Papens erreicht. Danach blieb nur noch Hitler.

5. Fazit und Ausblick

Bis 1921 waren die Feindbilder russischer Bolschewismus und deutscher Kommunismus im SM vollständig ausgeformt, in ihren Extrempunkten fixiert und verstetigt. Solange die Kämpfe im Innern andauerten, verlor auch das Ideal der „Volksgemeinschaft von 1914“ nichts von seiner Integrationskraft. Es geriet erst in eine Krise, als es sich selbst unter vergleichsweise friedlichen Bedingungen in der mittleren Phase der Republik nicht verwirklichen ließ. Die Überlebensfähigkeit der Sowjetunion und die Form der innenpolitischen Kämpfe seit 1929 ließen den Glauben an die „Vernunft“ und einen der deutschen bürgerlichen Gesellschaft geneigten Geschichts- und Fortschrittsprozeß zunehmend schrumpfen. Die drohende Apokalypse, mit der der Bolschewismus gleichgesetzt worden war, schien greifbar nah. Ihre übermächtige Drohung trug schließlich dazu bei, daß das vormals Einheit stiftende, nunmehr überstark angstbesetzte Feindbild Bolschewismus liberale Werte und Vorstellungen zusehends aufsaugte oder zumindest suspendierte. Die wenigen Artikel im SM, die in dieser Zeit an einer traditionellen rechtsliberalen Grundlinie festhielten, zeugen von tiefer Ratlosigkeit und Resignation. Den Kampf gegen den Bolschewismus, das Versprechen, ihn ein für alle Mal auszurotten und so die Ordnung in Geschichte und Nation wiederherzustellen, verkörperte die NSDAP mit einer im Wortsinne durchschlagenden

⁴⁶ SK, 198, 25.8.1932, 5.

⁴⁷ Vgl. SK, 278, 26.11.1932, 5.

⁴⁸ SK, 66(M), 9.2.1919, 5.

⁴⁹ Für eine Diktatur hatte sich der SM schon im Februar 1929 ausgesprochen, vgl. SM, 93(M), 25.2.1929, 1. Nach den Juliwahlen 1932 wurde diese Forderung immer häufiger und bestimmter erhoben, vgl. SM, 178, 2.8.1932, 1-2; SM, 203, 31.8.1932, 1; SM, 1, 1.1.1933, 1; SM, 26, 1.2.1933, 1-2.

Überzeugungskraft. Ihr hatte der Liberalismus vor allem eines nicht mehr entgegensetzen: die überzeugende Kraft einer mit der Umweltwahrnehmung in Einklang stehenden glaubwürdigen Idee, wie die Zukunft Deutschlands und der bürgerlichen Gesellschaft zu gestalten sei.